

Solidarisch durch die Krise



Die Corona-Pandemie trifft die am härtesten, die sowieso schon wenig haben. Auch die damit einhergehende soziale Krise wird uns noch lange begleiten. Doch es dürfen nicht die Beschäftigten und Erwerbslosen sein, auf deren Rücken die Folgen ausgetragen werden: Wir brauchen nachhaltige und soziale Lösungen!

Wir müssen uns jetzt entscheiden, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen. Wird die soziale Spaltung vertieft? Oder tun wir das Richtige und stellen die Menschen in den Mittelpunkt? Geben wir eine solidarische Antwort.

Gesundheit darf keine Ware sein

Ein auf Profit getrimmtes Gesundheitssystem geht zulasten der Beschäftigten und Kranken. Geldmacherei hat im Gesundheitssystem nichts verloren. Die Krankenhäuser, die ambulante Versorgung, die Eingliederungshilfe sowie die Alten- und Krankenpflege müssen besser ausgestattet werden und brauchen Puffer für Krisenzeiten.

Applaus reicht nicht: Wir brauchen höhere Löhne

All die Menschen in der Pflege, im Erziehungswesen, in der Logistik, dem Einzelhandel und vielen anderen Bereichen halten unsere Stadt am Laufen. Sie haben mehr als nur Respekt verdient. Die gesellschaftliche Wertschätzung muss sich auch in höheren Löhnen und sicheren Arbeitsplätzen widerspiegeln. Wo das Land Berlin der Arbeitgeber ist, arbeiten wir daran.

Wir wollen keine tariflosen Bereiche und Branchen. Wir brauchen verstärkte Tarifbindung und ein Ausbau allgemein verbindlicher Tarifverträge. Dafür streiten wir gemeinsam mit den Gewerkschaften.

Arbeitende auch in der Krise stärken

Viele Unternehmen versuchen die Krise zu nutzen, um Verschlechterungen durchzusetzen. Deshalb müssen auch in der Corona-Krise die bewährten Rechte der Arbeitenden verteidigt und Menschen vor Armut geschützt werden. Das

Kurzarbeitergeld muss auf 90 Prozent aufgestockt, der Kündigungsschutz darf nicht ausgehöhlt und der Arbeitsschutz muss eingehalten werden.

Die Menschen haben Recht auf Freizeit und Erholung, auch und gerade in der Krise. Den Ruf nach einer Aufweichung der Arbeitszeitregelung und erweiterten Ladenöffnungszeiten erteilen wir ganz klar eine Absage.

Auch die Grundsicherung muss deutlich erhöht werden, um einer massiven Verarmung der Berliner Bevölkerung entgegen zu steuern. Wir fordern einen Zuschlag von 100 Euro auf Hartz IV und die Grundsicherung sowie die Aussetzung aller Sanktionen.

Recht auf Bildung

Die soziale Spaltung darf sich nicht noch weiter verschärfen. Auch in Pandemiezeiten haben alle Kinder ein Recht auf Bildung. Deswegen muss es künftig für jedes Kind unabhängig vom Einkommen der Eltern möglich sein, an digitalen Formaten teil zu haben. Alle Haushalte brauchen Internetanschlüsse sowie Computer oder Tablets. Kinder in Unterkünften für Geflüchtete natürlich auch.

Das Öffentliche stärken

Rot-Rot-Grün hat vor der Corona-Krise das Jahrzehnt der Investitionen ausgerufen und daran werden wir festhalten. Wir dürfen uns nicht in eine noch tiefere Krise hineinsparen, sondern müssen jetzt massiv in die Öffentliche Daseinsfürsorge investieren und sie krisenfest machen.

Grundrechte und Demokratie schützen!

Bei allen Aktionen zum Schutz der Gesundheit darf es keine unverhältnismäßige Einschränkung von Grundrechten geben. Alle Maßnahmen müssen immer wieder kritisch auf ihre Zielgenauigkeit und ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden.

www.dielinke.berlin/corona

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN